

## Rede zum 08.05.2023 Reitbrake

Im September 1941 fordert der Bremer Bausenator Dr. Fischer in Ermangelung deutscher Arbeitskräfte, die an der Ostfront in Russland verschlissen werden, 600 sowjetische Zwangsarbeiter an. Diese werden im Bunker und Straßenbau eingesetzt. Von diesen 600 Zwangsarbeitern versterben bis zum Frühjahr 1942 insgesamt 371 an einem völlig desolaten Ernährungs- und Gesundheitszustand sowie an den Folgen einer Fleckfieberepidemie. Weil diese Verstorbenen gemäß der perfiden Rassenideologie der Nationalsozialisten nicht auf deutschen Friedhöfen bestattet werden durften, wird die Anlage eines eigenen Friedhofs, dem sog. „Russenfriedhof“ erforderlich. Dieser wird im Dezember 1941 mit einem formalen Bauantrag beantragt. Bestandteil des Bauantrags ist eine Karte, die ein 100 mal 200 Meter großes Grundstück als zukünftigen Friedhof ausweist. Im Rahmen der nun abgeschlossenen archäologischen Grabungen wurde jedoch nur eine Teilfläche dieses Gebietes, die etwa 50 mal 70 Meter umfasst, untersucht. Gefunden wurden hier 20.000 Knochenfragmente sowie 66 vollständige Skelette. Über den Verbleib von 300 Verstorbenen, die nachweislich auf diesem Friedhof bestattet wurden, herrscht nach wie vor Unklarheit! Unter Umständen befinden sich die sterblichen Überreste dieser Menschen noch hier unter der Erde! An den Plänen zur Errichtung der Bahnwerkstatt wird trotzdem hartnäckig festgehalten, die formale Planfeststellung wird vermutlich Anhang Juni 2023 beginnen. Die Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu ist momentan damit beschäftigt, die Voraussetzungen für eine Klage gegen diese Bebauung zu schaffen.

Die Funde sind Überreste einer Exhumierung und Umbettung auf den Osterholzer Friedhof, die 1948 erfolgt ist. Das Narrativ, das von Beginn an vom Bremer Senat geschaffen wurde, lautet: Der Friedhof sei 1948 formal aufgelöst worden; nur sei die Exhumierung und Umbettung nicht vollständig erfolgt. Im Grundsatz aber handele es sich um eine rechtlich und formal korrekte Auflösung einer Kriegsgräberstätte.

Dem war aber mitnichten so!

Im November letzten Jahres war ich im Bremer Staatsarchiv, um mich noch einmal mit den Quellen vertraut zu machen. In den historischen Unterlagen gibt es keine Senatsbefassung und auch keinen Senatsbeschluss, der sich mit der Auflösung des Friedhofs an der Reitbrake beschäftigt. Bis 1947 war geplant, einen Ehrenfriedhof „An der Fuchtelkuhle“ in der Nähe des Pulverbergs, auf einem damals bestehenden polnischen Massengrab zu errichten. Diese Planungen waren auch im Rahmen eines Senatsbeschlusses mit einer konkreten

Summe von 31.370 RM hinterlegt. Dorthin sollten die sterblichen Überreste umgebettet werden. In den Akten gibt es keinerlei Dokumente mehr, die sich mit der Anlage eines Ehrenfriedhofs in Osterholz befassen.

In den Akten taucht dann erst wieder ein Dokument vom 03.11.1954 auf. In diesem Vermerk wird beschrieben, wie eine dreiköpfige Delegation der russischen Botschaft aus Berlin in Bremen ist und Friedhöfe inspiziert, auf denen russische Kriegsoffer bestattet waren. Geplant war, diese Verstorbenen auf den Osterholzer Friedhof umzubetten und die Sowjetunion sollte dem zustimmen. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einem Besuch des Osterholzer Friedhofs. In dem betreffenden Aktenvermerk steht, die Botschaftsangehörigen seien von der Anlage des Ehrenfriedhofs auf dem Osterholzer Friedhof beeindruckt gewesen. Hieraus wird nun im Narrativ des Bremer Senats 9 Jahre nach der bereits erfolgten Umbettung plötzlich eine völkerrechtlich erforderliche Zustimmung der damaligen Sowjetunion zu den erfolgten Umbettungen auf den Osterholzer Friedhof. Wir finden diese Interpretation abenteuerlich!

Um es hier noch einmal klar zu benennen:

- die Umbettungen von 1948 waren eher ein Massaker, bei dem 20.000 Knochenfragmente sowie 66 vollständige Skelette in der Erde verblieben sind, die man schlicht vergessen hat! Vollständige Skelette wurden auseinandergerissen, ein Teil wurde nach Osterholz verbracht, ein Rest verblieb hier in Oslebshausen. Für die Angehörigen muss dies eine unerträgliche Vorstellung sein.
- Zudem waren diese „Umbettungen“ aufgrund der damals fehlenden Zustimmung des Herkunftslandes der Verstorbenen wohl eindeutig völkerrechtswidrig!
- Aber anstatt diese Sachverhalte so zu benennen, wie sie sind, sprechen Senat, Landesarchäologie und Staatsarchiv euphemistisch von einem formal korrekt aufgelösten Friedhof und einer lediglich „unvollständigen Exhumierung“. Leider gehen auch die regionalen Medien dem nicht auf dem Grund und kommen ihrer Verantwortung, hier auch ein unabhängiges Korrektiv zur Politik zu bilden, nicht nach und übernehmen diese Erzählung unkritisch
- Eine Entschuldigung an die Nachfahren der Opfer, die mehr als angemessen wäre und eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, gibt es bis zum heutigen Tag ebenfalls nicht.
- Der Bremer Senat wird seiner historischen Verantwortung für diese Geschehnisse bei weitem nicht gerecht! Uns ist bis heute keine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der

Grambker Schleife bekannt! Alle bisherigen Beiträge zur Aufarbeitung wurden ausschließlich von Akteur:innen der Zivilgesellschaft geleistet. Zu nennen sind hier Peter Michael Meiners, Harry Winkel, das Bremer Friedensforum sowie die Bürgerinitiative Oslebshausen. Während der Bremer Senat die Aufarbeitung der Firmengeschichte von privatwirtschaftlichen Unternehmen wie Kühne und Nagel fordert, verweigert er dies für den eigenen Verantwortungsbereich. Zur Erinnerung: es war der Bremer Bausenator, der 1941 die ersten Zwangsarbeiter anforderte, von denen dann weit mehr als die Hälfte innerhalb weniger Monate verstarb!

- Auch der Forderung nach einer angemessenen Gedenkstätte am Ort des Geschehens verweigert sich der Senat bisher! Stattdessen will man einen zentralen Gedenkort, weit ab vom Geschehen auf dem Osterholzer Friedhof sowie am Bunker Valentin in Farge errichten. Wir denken, dass Gedenken so zur reinen symbolischen Geste wird. Eine Gedenkstätte gehört an den Ort des Geschehens, um begreifen zu können, was hier wirklich passiert ist.

Beim Runden Tisch Oslebshausen konfrontierten wir die Landesarchäologin Frau Dr. Halle mit dem Widerspruch, dass sie beim Außenlager des KZ-Neuengamme, dem Gröpelinger Schützenhof, öffentlich sagte, eine Bebauung verbiete sich angesichts der historischen Belastung an diesem Ort. Beim Friedhof auf der Reitbrake jedoch befürwortete sie im Rahmen eines Buten un Binnen Beitrags öffentlich die Bebauung mit einer Bahnwerkstatt. Mit diesem Widerspruch konfrontiert, sagte Frau Halle, beim Schützenhof handele es sich um einen Tatort, beim „Russenfriedhof“ jedoch um einen „friedlichen Ort“. Wir empfinden diese Äußerungen als skandalös. Die zahlreichen Funde sind noch nicht hinreichend untersucht worden, um Exekutionen und Gewalttaten, die im Übrigen in Zwangsarbeiterlagern an der Tagesordnung waren, sicher ausschließen zu können. Vor diesem Hintergrund von einem Ort des Friedens zu sprechen, erscheint mir schon fast eine Verharmlosung dessen zu sein, was hier zwischen 1941 und 1945 geschehen ist! Letztlich passt aber auch diese Äußerung Frau Halles bestens in die offizielle Erzählung des Bremer Senates.

Ebenfalls im Rahmen einer Sitzung des Runden Tisches Oslebshausen, auf der Vertreter Alstoms anwesend waren, konfrontierte ich Herrn Werther, Manager von Alstom, mit der Frage, ob Alstom die Geschichte des Zwangsarbeiterfriedhofs bekannt sei. In diesem Zusammenhang erwähnte ich auch, dass Alstom in der Vergangenheit die Linke-Hofmann Werke übernommen hat, und dass die Linke Hofmann Werke nachweislich Zwangsarbeiter im Dritten Reich beschäftigt hat. Ich sprach

in diesem Zusammenhang von historischer Verantwortung Alstoms und fragte, ob sich Alstom in diesem Zusammenhang vorstellen könne, sich an einem Gedenkkonzept auf der Reitbrake zu beteiligen, wenn es zum Bau der Bahnwerkstatt komme. Herr Werther reagierte empört auf diese Frage; er wies jegliche, auch nur historische Verantwortung Alstoms zurück und verweigerte dann das weitere Gespräch hierüber. Dies ist für uns nicht akzeptabel! Auch für Alstom gibt es u.E eine historische Verantwortung, sich der eigenen Firmengeschichte zu stellen; genauso wie Wintershall-DEA im Zusammenhang mit der Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof in Hamburg oder Kühne und Nagel hier in Bremen. Wir werden Alstom hier nicht aus der Verantwortung lassen und dieser Aspekt wird auch weiterhin bedeutender Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit bleiben! Dies gilt auch für den Bremer Senat. Wir fordern weiterhin Aufklärung über den Verbleib von 300 Verstorbenen, die nicht auf den Osterholzer Friedhof umgebettet worden sind. Wo sind diese sterblichen Überreste geblieben? Solange diese Frage nicht geklärt ist und nicht sichergestellt ist, dass diese sich nicht noch auf dem Gelände außerhalb des Kernfriedhofs befinden, verbietet sich die Bebauung des Friedhofs mit einer Bahnwerkstatt.

Außerdem fordern wir, dass der Senat seiner historischen Verantwortung gerecht wird und eine professionelle geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der Zwangsarbeiterproblematik im Bremer Westen in Auftrag gibt. Eine gewissenhafte Entschuldigung bei den Hinterbliebenen für das Chaos, das bei der Exhumierung 1948 angerichtet wurde und das für die Opfer in höchstem Maße würdelos war, ist mehr als überfällig. Nicht zuletzt fordern wir die Einrichtung einer angemessenen Gedenkstätte vor Ort, die der Problematik und dem Ausmaß des Zwangsarbeitereinsatzes im Bremer Westen auch gerecht wird. Eine 20 Kilometer vom Geschehen entfernte Gedenkstätte kann diese Funktion nicht in dem Maße erfüllen, wie eine Gedenkstätte vor Ort.

Auch die Firma Alstom ist aufgerufen, ihre historische Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen, in dem sie die Firmengeschichte im Dritten Reich der Linke Hofmann Werke gewissenhaft aufarbeitet und über ihre Beteiligung an einem angemessenen Gedenkkonzept nachdenkt.

Abschließend möchte ich mich noch einmal bei Ekkehard Lentz und dem gesamten Bremer Friedensforum bedanken. Ohne die Unterstützung des Friedensforums hätten wir die umfassende Rechercharbeit, die erfolgten Veröffentlichungen, die zahlreichen Pressetermine und Veranstaltungen und nicht zuletzt die auch vielen Anfeindungen aus der Politik, denen das Friedensforum ja auch immer besonders ausgesetzt war, nicht

bewältigen können. Der regelmäßige Austausch mit Ekkehard Lentz, die Unterstützung durch Marlies und Sönke Hundt, Hartmut Drewes, Barbara Heller, Gerhard Schäfer und allen anderen hat uns sehr geholfen und dies hat uns auch gut getan. Vielen Dank, dass ihr uns hier immer so bedingungslos unterstützt habt. Damit bin ich auch am Ende meines Vortrags angekommen.

Vielen Dank für Eure/Ihre Aufmerksamkeit!